SATZUNG
der Pensionskasse der Rechtsanwälte und Notare VVaG

§ 1

Name, Sitz und Zweck der Kasse

1. Die Kasse führt den Namen „Pensionskasse der Rechtsanwälte und Notare VVaG“.
2. Die Kasse hat ihren Sitz in Hamm (Westfalen).
3. Die Kasse ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 210 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.
4. Die Kasse bezweckt, ihren Mitgliedern und deren Hinterbliebenen Renten nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung zu gewähren.

§ 2

Mitgliedschaft

1. Als Mitglieder werden Angehörige der Rechtsanwalts- und Notarkammern im Bereich der Oberlandesgerichtsbezirke Hamm (Westfalen), Düsseldorf, Köln und des Kammergerichtsbezirks Berlin aufgenommen; die Mitgliedschaft ist freiwillig.

Über die Aufnahme eines Mitglieds in die Pensionskasse entscheidet der Vorstand nach freiem Ermessen.

Er kann die Aufnahme auch von dem Ergebnis einer Gesundheitsprüfung abhängig machen.

2. Die Mitgliedschaft kann mit einem Eintrittsalter von mehr als 64 Jahren gem. § 14 Z. 2 nicht mehr begründet werden.
3. Jedem Mitglied wird die Mitgliedschaft bescheinigt und eine Satzung der Kasse ausgehändigt
4. Die Mitgliedschaft endet
 - a) durch den Tod des Mitglieds,
 - b) durch die Kündigung des Mitglieds innerhalb der Wartezeit mit 14tägiger Frist zum Monatsende,
 - c) durch die Kündigung des Mitglieds nach Ablauf der Wartezeit mit dreimonatiger Frist zum Monatsende, in Verbindung mit dem Antrag auf Zahlung des Rückkaufwertes,
 - d) mit dem Ausschluss des Mitglieds durch den Vorstand der Kasse.
5. Ein Ausschluss aus der Kasse kann auf Beschluss des Vorstands erfolgen, wenn ein Mitglied
 - a) die Kasse vorsätzlich schädigt oder wichtige Interessen des Berufsstandes der Rechtsanwälte und Notare verletzt,
 - b) durch wesentlich unrichtige Angaben die Aufnahme in die Kasse erreicht hat; der Ausschluss aus diesem Grunde ist nur innerhalb von 6 Monaten nach Kenntnisnahme von den unrichtigen Angaben durch die Kasse möglich.

Über den Ausschluss ist das Mitglied schriftlich zu benachrichtigen.

6. Bei Kündigung und Ausschluss nach Ablauf der Wartezeit (§ 16 Z. 1) wird der Rückkaufwert ausgezahlt, der nach den Bestimmungen des Technischen Geschäftsplans der Kasse ermittelt wird. Vor Ablauf der Wartezeit gilt in diesen Fällen § 16 Z. 1 Satz 2 entsprechend.

7. Anstelle der Kündigung kann das Mitglied nach Ablauf der Wartezeit (§ 16 Z. I) durch schriftliche Erklärung an die Kasse seine Mitgliedschaft in Form einer beitragsfreien Anwartschaft fortsetzen. Die Erklärung kann nur zum Ende eines Monats mit 3monatiger Frist erfolgen.

Die Höhe der aufrechtzuerhaltenden Anwartschaft wird nach den Bestimmungen im Technischen Geschäftsplan der Kasse ermittelt.
8. Im Falle der Kündigung oder eines Ausschlusses innerhalb der Wartezeit findet die Erstattungsregelung des § 16 Z. 1 Anwendung.
9. Die Mitgliedschaft im Falle der Kündigung oder des Ausschlusses aus der Kasse endet nicht, wenn nach den Bestimmungen des Technischen Geschäftsplans neben der Auszahlung des Rückkaufswertes noch eine beitragsfreie Rentenanwartschaft bestehen bleibt.
10. Das Mitglied mit einer außerordentlichen Mitgliedschaft z. B. wegen Einrichtung einer Anwartschaft oder einer sofortigen Rente gemäß § 17a besitzt kein Stimmrecht.

§ 3

Organe der Kasse

Die Organe der Kasse sind

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vorstand,
- c) der Beirat.

§ 4

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Kasse. Zu ihren Aufgaben gehören:
 - a) die Wahl und Abberufung des Vorstands,
 - b) die Wahl und Abberufung des Beirats,
 - c) die Entgegennahme des Lageberichts und die Feststellung des Jahresabschlusses,
 - d) die Wahl des Abschlussprüfers,
 - e) die Entlastung des Vorstands und des Beirats,
 - f) die Beschlussfassung zur Änderung der Satzung,
 - g) die Beschlussfassung zur Auflösung der Kasse oder zu ihrer Vereinigung mit einer anderen Kasse,
 - h) die Beschlussfassung über die Verwendung von Überschüssen oder die Deckung von Fehlbeträgen vorbehaltlich der Bestimmungen in § 9.
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich innerhalb von 6 Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt.
3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt:
 - a) auf Verlangen der Aufsichtsbehörde,
 - b) auf Beschluss des Vorstands, wenn das Interesse der Kasse dies erfordert,
 - c) auf Antrag von mindestens 10 % der Mitglieder unter Angabe von Gründen.

4. Zeit und Ort der Mitgliederversammlung und die Tagesordnung sind den Mitgliedern vom Vorstand mindestens 10 (zehn) Tage vorher schriftlich mitzuteilen.
5. Jedes Mitglied hat eine Stimme, es kann sein Stimmrecht mit Wirkung für eine bestimmte Mitgliederversammlung auf ein anderes stimmberechtigtes Mitglied durch schriftliche Vollmacht übertragen.
6. Die Mitgliederversammlung ist mit der einfachen Mehrheit der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Ist Gegenstand der Beschlussfassung die Auflösung der Pensionskasse, Bestandsübertragung oder Satzungsänderung, ist die Mitgliederversammlung beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel aller Stimmen vertreten ist. Ist eine Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so hat der Vorstand fristgerecht eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist; hierauf ist bei der Einberufung hinzuweisen.
7. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Vorstands oder von seinem Stellvertreter geleitet. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Leiter der Versammlung und von einem weiteren Mitglied des Vorstands zu unterzeichnen ist.
8. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst; Beschlüsse über Satzungsänderungen und über die Auflösung der Kasse erfordern eine Mehrheit von drei Viertel der anwesenden Stimmen, mindestens ein Drittel aller Mitglieder. Beschlüsse werden durch Zuruf gefasst, auf Antrag kann die Abstimmung schriftlich erfolgen. Wahlen finden geheim statt; die Mitgliederversammlung kann mit einer Mehrheit von drei Viertel der anwesenden Mitglieder öffentliche Wahlen beschließen.

§ 5

Vorstand

1. Der Vorstand vertritt die Kasse gerichtlich und außergerichtlich. Er hat alle Aufgaben einer ordentlichen Geschäftsführung wahrzunehmen, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung oder dem Beirat übertragen sind.
2. Der Vorstand besteht aus 3-5 Mitgliedern, von denen die Mitgliederversammlung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein Mitglied zum Stellvertreter des Vorsitzenden wählt.
3. Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder - bei dessen Abwesenheit - seines Stellvertreters.
4. Schriftliche Willenserklärungen des Vorstands bedürfen der Unterschrift von zwei Vorstandsmitgliedern.
5. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung für 3 (drei) Jahre mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt; bis zur Neuwahl des Vorstands bleiben die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihrem Amt. Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds erfolgt Nachwahl für den Rest der Amtsperiode, sofern andernfalls die Mindestzahl unterschritten wird.

§ 6

Beirat

1. Der Beirat besteht aus 3 - 5 Personen, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 (zwei) Jahren gewählt werden; bis zur Neuwahl des Beirats bleiben die bisherigen Beiratsmitglieder in ihrem Amt. Bei Ausscheiden eines Beiratsmitglieds erfolgt Nachwahl für den Rest der Amtsperiode, sofern andernfalls die Mindestzahl unterschritten wird.

Der Beirat wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter.

Der Beirat tritt auf die Ladung des Vorsitzenden zusammen.

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens 2 Mitglieder anwesend sind.

Der Beirat schlägt einen Abschlussprüfer vor, der durch die Mitgliederversammlung gewählt wird. Lehnt die Mitgliederversammlung den vorgeschlagenen Abschlussprüfer ab, so hat der Beirat einen anderen Abschlussprüfer vorzuschlagen.

Die Prüfung ist mindestens einmal im Geschäftsjahr nach Vorlage des Lageberichtes und des Jahresabschlusses durchzuführen. Über die Prüfung und ihr Ergebnis ist ein Protokoll zu fertigen. Der Beirat hat darauf zu achten, dass der Verwaltungsaufwand die geschäftsplanmäßig festgelegten Verwaltungskosten nicht übersteigt. Höhere Aufwendungen sind der Mitgliederversammlung im Lagebericht des Jahres, für das ein versicherungsmathematisches Gutachten vorliegt, mitzuteilen und zu begründen.

2. Der Zustimmung des Beirats bedürfen folgende Rechtsgeschäfte:
 - a) Erwerb und Veräußerung von Grundstücken.
 - b) Alle Kapitalanlagen, die langfristiger als 6 Monate sind und nicht die festverzinsliche Anlage von Geld zum Gegenstand haben. Die Genehmigung kann in allgemeinen Richtlinien erteilt werden.

§ 7

Der Vorstand und der Beirat sollen eine Zeit- und Leistungsaufwand entsprechende Vergütung erhalten. Soweit diese Ämter ehrenamtlich ausgeübt werden, werden bare Auslagen erstattet oder Unkostenpauschalen gewährt.

§ 8

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 9

Vermögensanlage, Rechnungswesen, Jahresabschluss

1. Die Anlage des Vermögens der Kasse erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen und den von der Aufsichtsbehörde aufgestellten Grundsätzen und Richtlinien.
2. Für die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Prüfung des Jahresabschlusses gelten die gesetzlichen Vorschriften und die von der Aufsichtsbehörde aufgestellten Grundsätze. Für das versicherungsmathematische Gutachten hat der Sachverständige die von der Aufsichtsbehörde bekanntgegebenen Richtlinien für die Aufstellung versicherungsmathematischer Gutachten bei Pensions- und Sterbekassen zugrunde zu legen.
3. Zur Deckung von Fehlbeträgen ist eine Verlustrücklage zu bilden. Dieser Rücklage sind jährlich mindestens 5 % des Überschusses (Jahresüberschuss zuzüglich Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung) zuzuführen, bis sie mindestens 5 % der Deckungsrückstellung erreicht oder nach Inanspruchnahme wieder erreicht hat.
4. Der Jahresabschluss ist in der Weise aufzustellen, dass der von dem Geschäftsergebnis nach Einstellung in das Eigenkapital verbleibende Überschuss in voller Höhe der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen wird. Diese Rückstellung ist zur Erhöhung der Leistungen oder zur Ermäßigung der Beiträge oder für beide Zwecke zugleich zu verwenden. Die näheren Bestimmungen für die Verwendung der Rückstellung trifft aufgrund von Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars, die dem geltenden Überschussverwendungsplan entsprechen müssen, die Mitgliederversammlung. Der Beschluss bedarf der Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde.
5. Ein Verlust ist, soweit er nicht aus der Verlustrücklage gedeckt werden kann, aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung zu decken und - soweit auch dies nicht ausreicht - durch Herabsetzung der Leistungen oder durch Erhöhung der Beiträge oder durch beide Maßnahmen auszugleichen. Z. 4 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

Alle Maßnahmen haben auch Wirkung für bestehende Mitgliedschaften. Die Herabsetzung der Leistungen gilt auch für laufende Renten.

Die Erhebung von Nachschüssen ist ausgeschlossen.

§ 10

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Kasse erfolgen durch Veröffentlichung in einem eigenen Internetauftritt unter www.pensionskasse-hamm.de.

§ 11

Satzungsänderungen

1. Satzungsänderungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
2. Die Bestimmungen in §§ 14 bis 20 können auch mit Wirkung für bestehende Versicherungsverhältnisse geändert werden.

§ 12

Auflösung der Kasse

1. Im Falle der Auflösung der Kasse ist das vorhandene Vermögen zur Sicherstellung der bereits laufenden Kassenleistungen und der erworbenen Anwartschaften nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zu verwenden. Die Verwendung des vorhandenen Vermögens erfolgt aufgrund von Vorschlägen des versicherungsmathematischen Sachverständigen nach einem von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Plan. Das Vermögen der Kasse darf nur zugunsten der Mitglieder und der Rentenempfänger verwendet werden.
2. Die Mitgliederversammlung kann im Falle der Auflösung auch die Übertragung des gesamten Versicherungsbestandes mit den dazugehörigen Verbindlichkeiten und mit allen Vermögenswerten gemäß § 13 des Versicherungsaufsichtsgesetzes auf ein anderes Versicherungsunternehmen beschließen.
3. Abwickler ist der Vorstand der Kasse.
4. Alle Beschlüsse im Zusammenhang mit der Auflösung und der Abwicklung der Kasse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 13

Streitigkeiten

Für Streitigkeiten aufgrund dieser Satzung sind die Gerichte zuständig. Gerichtsstand ist Hamm (Westfalen), soweit dies gesetzlich zulässig ist.

§ 14

Beiträge

1. Bei Eintritt hat sich das Mitglied für eine der folgenden Versicherungsarten zu entscheiden:
 - Nr. 1: Versicherung von Berufsunfähigkeits- und Altersrente (Schlussalter 65) mit Beitragsrückgewähr ohne Mitversicherung von Hinterbliebenenrenten,
 - Nr. 2: Versicherung von Berufsunfähigkeits- und Altersrente (Schlussalter 65) ohne Beitragsrückgewähr mit Versicherung von Hinterbliebenenrenten.
2. Die Höhe der monatlich im Voraus fälligen Beiträge richtet sich nach dem Geschlecht, Eintrittsalter und der gewählten Versicherungsart. Das Eintrittsalter wird dabei so bestimmt, dass nur die vollendeten Lebensjahre als Eintrittsalter gelten, wenn die Zeit zwischen Geburtstag und Eintrittstag die

vollendeten Lebensjahre um nicht mehr als ein halbes Jahr überschreitet; andernfalls gelten die um 1 erhöhten vollendeten Lebensjahre als Eintrittsalter.

3. Die Beiträge sind im Technischen Geschäftsplan festgelegt.
4. Die Beiträge sind spesenfrei durch Einziehungsermächtigung auf die Beitragskonten der Kasse zu leisten.

Erfüllungsort ist Hamm.

Für jede andere Form der Zahlung wird ein Verwaltungskostenzuschlag von 2 % berechnet.

Die Beiträge gelten nur als geleistet, wenn sie auf einem Konto der Kasse ungekürzt eingegangen sind. Erfolgt eine geringere Zahlung als der fällige Beitrag, so wird der Verwaltungskostenzuschlag von 2 % von dem gesamten fälligen Beitrag des Zeitabschnitts berechnet.

Verzug der Beitragszahlung tritt ein, wenn der Beitrag nicht spätestens bis zum 1. des Fälligkeitsmonats eingeht. Neben dem Verwaltungskostenzuschlag werden vom Zeitpunkt des Verzuges an 1 % pro angefangenem Monat Verzugszinsen von der rückständigen Leistung berechnet.

Der Nachweis eines höheren Verzugsschadens ist möglich, auch bezüglich höherer Verwaltungskosten als 2 %.

5. Bei Vorliegen eines besonderen durch das Mitglied unverschuldeten Notstandes können Beiträge auf Antrag des Mitglieds für einen Zeitraum bis zu 12 Monaten ganz oder teilweise gestundet werden.

Über Stundungsanträge entscheidet der Vorstand. Der Beirat kann gehört werden. Gestundete Beiträge sind mit einem Zinssatz zu verzinsen, der 2 % über dem versicherungstechnischen Rechnungszins der Kasse liegt.

§ 15

Leistungen

1. Je nach der gewählten Versicherungsart werden im Rahmen des § 9 Z. 4 und 5 nach Stufen gestaffelt folgende Leistungen gewährt:

Versicherung Nr. 1:

Es wird eine Berufsunfähigkeitsrente bzw. Altersrente in Höhe von mtl. 120 DM = 61,36 EUR je Stufe gezahlt. Für Neuzugänge und Höherstufungen, die ab dem 01. Januar 2002 erfolgen, wird eine Berufsunfähigkeitsrente bzw. Altersrente in Höhe von monatlich 60,00 EUR je Stufe gezahlt. Die Zahlungsdauer ist lebenslänglich, mindestens aber 5 Jahre. Bei Tod vor Einsetzen einer Rentenzahlung werden die bis dahin eingezahlten Beiträge zinslos zurückerstattet.

Versicherung Nr. 2:

Es wird eine Berufsunfähigkeitsrente bzw. Altersrente in Höhe von mtl. 120 DM = 61,36 EUR je Stufe gezahlt. Für Neuzugänge und Höherstufungen, die ab dem 01. Januar 2002 erfolgen, wird eine Berufsunfähigkeitsrente bzw. Altersrente in Höhe von monatlich 60,00 EUR je Stufe gezahlt. Die Zahlungsdauer ist lebenslänglich, mindestens aber 5 Jahre (Mitgliedsrente). Bei Tod des Mitglieds wird die Mitgliedsrente bis zum Ablauf der Mindestzahlungsdauer von 5 Jahren gezahlt bzw. weiter gezahlt, danach erhält der hinterbliebene Ehegatte eine monatliche Rente in Höhe von 70 % der Mitgliedsrente, jedes seiner waisenrentenberechtigten Kinder eine monatliche Rente von 20 % der Mitgliedsrente; falls die Summe aller Hinterbliebenenrenten die Mitgliedsrente übersteigt, wird jede Waisenrente um den gleichen Betrag so gekürzt, dass die Summe der gekürzten Waisenrente und der evtl. zu zahlenden Rente an den Ehegatten die Mitgliedsrente erreicht.

Die Altersrenten beginnen nach Ablauf der Beitragszahlungsdauer.

2. Als Beitragszahlungsdauer gilt die Differenz der Jahre zwischen dem Schlussalter 65 und dem Eintrittsalter.
3. Auskünfte über Leistungsansprüche werden nur gegen Übernahme der damit verbundenen Kosten erteilt. Die Kosten einer gesetzlichen Auskunftspflicht trägt das betroffene Mitglied bzw. ein anderer

Auskunftsberechtigter. Die Kasse kann einen angemessenen Kostenvorschuss für eine Auskunft verlangen.

§ 16

Fälligkeiten

1. Leistungen der Kasse werden nur gezahlt, wenn die Mitgliedschaft mindestens 12 Monate bestanden hat und die Beiträge für mindestens 12 Monate entrichtet worden sind. Bei einem Versicherungsfall vor Ablauf dieser Wartezeit werden die gezahlten Beiträge zinslos und unter Abzug einer Verwaltungskostenpauschale von 4 % zurückerstattet.
2. Berufsunfähigkeitsrente wird gezahlt, wenn ein Mitglied infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte nicht mehr imstande ist, seinen Beruf auszuüben und zu erwarten ist, dass die teilweise oder völlige Berufsunfähigkeit mindestens noch ein Jahr andauern wird. Bei teilweiser Berufsunfähigkeit wird die Rente anteilig gekürzt, jedoch wird die Rente bei teilweiser Berufsunfähigkeit erst dann gezahlt, wenn die Teil-Berufsunfähigkeit mehr als 60 % der vollen Berufsunfähigkeit beträgt.
Berufsunfähigkeitsrente wird vom 1. des auf die Feststellung der Berufsunfähigkeit folgenden Monats lebenslänglich monatlich vorschüssig gezahlt; sie endet jedoch mit dem Monat, in dem die Voraussetzungen zum Bezug der Rente vor Ablauf der Beitragszahlungsdauer wieder entfallen. Bei späterer Rentengewährung wird die Bezugsdauer der Berufsunfähigkeitsrente - bei Teil-Berufsunfähigkeit mit dem der Teil-Berufsunfähigkeit entsprechenden Teil - auf die Mindestzahlungsdauer der Mitgliedsrente angerechnet. Nach Ablauf der Beitragszahlungsdauer wird die volle Berufsunfähigkeitsrente gezahlt; die gleichzeitige Zahlung von Berufsunfähigkeits- und Altersrente ist ausgeschlossen.
3. Bestehen Zweifel an der Berufsunfähigkeit des Mitglieds oder ihres Umfangs, so ist das Mitglied verpflichtet, sich nach der Weisung des Vorstands, der sich vorher mit dem Beirat verständigt, von einem von der Kasse zu bestimmenden Arzt untersuchen zu lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist für die Kasse rechtsverbindlich. Ein rentenberechtigtes berufsunfähiges Mitglied hat auf Anforderung der Kasse eine Nachuntersuchung zur Bestätigung der weiteren Berufsunfähigkeit durchführen zu lassen. Die Verpflichtung zur Nachuntersuchung besteht nach jeweils zweijährigem Rentenbezug.

Die Kasse trägt die Kosten der Untersuchungen.

4. Wenn die Möglichkeit besteht, die Berufsunfähigkeit durch medizinische Eingriffe oder auf sonstige Weise zu beseitigen oder zu reduzieren, so kann die Kasse zur Wiedererlangung oder Verbesserung der Berufsfähigkeit einmalige oder wiederholte Zuschüsse gewähren. Die Leistung dieser Zuschüsse ist freiwillig; sie können nur gewährt werden, wenn die finanzielle Lage der Kasse dies zulässt.
5. Witwenrente erhält die Witwe, Witwerrente der Witwer eines verstorbenen Mitglieds.

Ein Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente besteht nicht, wenn die Ehe mit dem Verstorbenen nach Ablauf der Beitragszahlungsdauer eingegangen worden ist.

Die Gewährung einer Witwen- oder Witwerrente ist ausgeschlossen, wenn die Witwe oder der Witwer den Tod des Verstorbenen vorsätzlich herbeigeführt hat.

Die Zahlung der Witwen- oder Witwerrente beginnt mit dem 1. des Monats, der auf den Monat folgt, in dem der Ehegatte verstorben ist, jedoch nicht vor Ablauf der Mindestzahlungsdauer der Mitgliedsrente. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem die Witwe oder der Witwer stirbt. Im Falle der Wiederheirat wird die Zahlung eingestellt. Auf Antrag wird je Stufe eine Kapitalabfindung gewährt, die

- a) bei Wiederverheiratung vor Vollendung des 35. Lebensjahres 2.576,91 EUR - für Neuzugänge und Höherstufungen, die ab dem 01. Januar 2002 erfolgen, 2.520,00 EUR - beträgt,
- b) bei Wiederverheiratung vor Vollendung des 45. Lebensjahres 2.061,53 EUR - für Neuzugänge und Höherstufungen, die ab dem 01. Januar 2002 erfolgen, 2.016,00 EUR - beträgt,
- c) bei Wiederverheiratung nach Vollendung des 45. Lebensjahres 1.546,15 EUR - für Neuzugänge und Höherstufungen, die ab dem 01. Januar 2002 erfolgen, 1.512,00 EUR - beträgt.

Bei Wiederverheiratung innerhalb der Mindestzahlungsdauer der Mitgliedsrente wird das bei Ablauf der Mindestzahlungsdauer erreichte Alter der Witwe oder des Witwers bei der Bemessung der Kapitalabfindung zugrunde gelegt. Bei Zahlung der Kapitalabfindung werden Waisenrenten in der Höhe gezahlt, wie sie gezahlt worden wären, wenn keine Kapitalabfindung erfolgt wäre.

Ist der Ehegatte mehr als 15 Jahre jünger als das Mitglied, so ermäßigt sich die Witwen- bzw. Witwerrente für jedes angefangene Jahr des 15 Jahre übersteigenden Altersunterschieds um 5 %, höchstens um 50 %.

6. Waisenrente erhalten die Kinder eines verstorbenen Mitglieds vom 1. des Monats an, der auf den Tod folgt, jedoch nicht vor Ablauf der Mindestzahlungsdauer der Mitgliedsrente.

Als Kinder gelten:

- a) eheliche Kinder,
- b) für ehelich erklärte Kinder,
- c) als Kind angenommene Kinder,
- d) nichteheliche Kinder eines weiblichen Mitglieds,
- e) nichteheliche Kinder eines männlichen Mitglieds, das die Vaterschaft anerkannt hat oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung als Vater festgestellt ist.

Ein Anspruch auf Waisenrente besteht nicht,

- a) wenn die Ehe des Verstorbenen, aus der das Kind stammt, nach Ablauf der Beitragszahlungsdauer eingegangen worden ist,
- b) wenn das Kind nach Ablauf der Beitragszahlungsdauer für ehelich erklärt oder als Kind angenommen worden ist,
- c) wenn das nichteheliche Kind nach Ablauf der Beitragszahlungsdauer geboren ist.

Die Gewährung einer Waisenrente ist ausgeschlossen, wenn das Kind den Tod des Verstorbenen vorsätzlich herbeigeführt hat.

Der Anspruch auf Waisenrente erlischt mit Ablauf des Monats, in dem die Waise das 18. Lebensjahr vollendet, die Ehe schließt oder stirbt. Nach der Eheschließung und über die Vollendung des 18. Lebensjahres hinaus wird der Waise für die Zeit ihrer Ausbildung, der Leistung eines freiwilligen sozialen Jahres oder einer auf besonderen Umständen beruhenden Bedürftigkeit Waisenrente bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt. Wird die Ausbildung durch Erfüllung der gesetzlichen Wehr- und Ersatzdienstpflicht verzögert oder unterbrochen, wird Waisenrente für einen entsprechenden Zeitraum auch über das 25. Lebensjahr hinaus gewährt.

§ 17

Bezugsberechtigung

Ist beim Tode eines Mitglieds die diesem zustehende Rente oder ein sonstiger Anspruch noch nicht ausgezahlt worden, so steht der Anspruch nacheinander folgenden Berechtigten zu, sofern der Berechtigte nicht durch schriftliche Erklärung gegenüber der Kasse anderweitig verfügt oder durch letztwillige Verfügung bestimmt hat:

- a) dem Ehegatten,
- b) den Kindern,
- c) den Eltern des Mitglieds,
- d) den Geschwistern des Mitglieds,
- e) den sonstigen gesetzlichen Erben.

Mehrere Personen einer Berechtigungsgruppe erhalten den Anspruch zu gleichen Teilen, jedoch gegenüber der Kasse als Gesamtgläubiger. Das gleiche gilt für Ansprüche, die beim Tode noch nicht fällig sind.

§ 17 a

Versorgungsausgleich

1. Wird im Zusammenhang mit der Ehescheidung eines Mitglieds der Versorgungsausgleich durchgeführt, wird der vom Familiengericht festgesetzte Ausgleichswert von dem Deckungskapital des ausgleichspflichtigen Mitglieds abgezogen. Ist der ausgleichsberechtigte Ehegatte ebenfalls Mitglied dieser Pensionskasse, wird dieser Ausgleichswert zur Erhöhung seiner Anwartschaft oder Rente in seiner bisherigen Versicherungsart verwendet. Auszugleichende Deckungskapitalien werden soweit möglich gegeneinander aufgerechnet.
2. Ist der ausgleichsberechtigte Ehegatte bisher nicht Mitglied dieser Pensionskasse, wird zu seinen Gunsten das Deckungskapital in Höhe des vom Familiengericht festgesetzten Ausgleichswertes zur Einrichtung einer beitragsfreien Anwartschaft auf eine Altersversorgung oder eines sofortigen Rentenanspruchs in der gleichen Versicherungsart wie bei dem ausgleichspflichtigen Mitglied verwendet. Dabei hat der ausgleichsberechtigte Ehegatte keinen Anspruch auf eine Berufsunfähigkeitsrente. Zur Kompensation dieser Teilleistung wird der während der Ehezeit aufgebaute Teil der Deckungsrückstellung, der beim ausgleichspflichtigen Ehegatten auf die Anwartschaft auf eine Berufsunfähigkeitsrente entfällt, mit dem vom Familiengericht festgesetzten Anteil beim ausgleichsberechtigten Ehegatten zur Erhöhung der Anwartschaft auf eine Altersrente verwendet. Die genaue Ausgestaltung wird in der Technischen Berechnungsgrundlage für die Pensionskasse der Rechtsanwälte und Notare Hamm/Westf. in Abschnitt VIII zum Versorgungsausgleich geregelt.
3. Die mit der Durchführung des Versorgungsausgleichs gemäß den vorstehenden Ziffern 1 und 2 der Pensionskasse entstehenden Kosten sind von den Ehegatten hälftig zu tragen. Die Höhe der Teilungskosten wird durch den Technischen Geschäftsplan bestimmt.
4. Der ausgleichsberechtigte Ehegatte, der bisher nicht Mitglied dieser Pensionskasse war, erwirbt mit der Durchführung des Versorgungsausgleichs eine außerordentliche Mitgliedschaft.

§ 18

Umwandlung und Höherstufung

1. Ein Mitglied, das die Versicherung Nr. 1 oder Nr. 2 gewählt hat, kann die Versicherung Nr. 1 in eine Versicherung Nr. 2 bzw. umgekehrt umwandeln; die Umwandlung der Versicherung Nr. 2 in die Versicherung Nr. 1 kann erst 3 Monate nach Antragstellung zum Monatsende erfolgen entsprechend § 2 Z. 4 c).

Die Umwandlung erfolgt nach den im Technischen Geschäftsplan dargelegten Grundsätzen und kann nur zum Ende eines Versicherungsjahres vorgenommen werden. Das Versicherungsjahr umfasst 12 Monate und beginnt mit dem Eintrittstermin.

2. Beim Eintritt können die in § 15 Z. 1 und § 16 Z. 5 Abs. 4 festgelegten Leistungen vereinbart werden, und zwar bis zu 10 Stufen. Dies gilt auch für Mitglieder, die noch nicht 10 Stufen vereinbart haben. Ab 10 Stufen ist die Vereinbarung von jeweils bis zu zwei Zusatzstufen derselben Versicherungsart - Höherstufung - im Abstand von mindestens zwei Jahren seit der letzten derartigen Vereinbarung möglich, letztmals 12 Monate vor Ablauf der Beitragszahlungsdauer und nur, solange nicht insgesamt 20 Stufen vereinbart worden sind.

Jede Vereinbarung von Zusatzstufen macht der Vorstand vom Inhalt eines neueren ärztlichen Zeugnisses abhängig, dessen Kosten das Mitglied trägt. Jede Zusatzstufe beginnt mit dem Versicherungsjahr und endet mit Ablauf der Beitragszahlungsdauer (§ 15 Z. 2). Das Eintrittsalter wird für den Beginnstag jeder Zusatzstufe separat analog § 14 Z. 2 bestimmt.

Die Wartezeitregelung gemäß § 16 Z. 1 gilt auch für jede Zusatzstufe.

§ 19

Leistungen bei Beitragsrückständen

Beitragsrückstände und nicht gezahlte Verzugszinsen werden mit fälligen Kassenleistungen verrechnet.

§ 20

Meldepflichten

Mitglieder, Rentenempfänger und Anspruchsteller haben alle zur Feststellung ihrer Rechte und Verbindlichkeiten gegenüber der Kasse erforderlichen Angaben zu machen und die verlangten Nachweise zu führen.

Genehmigt bei Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb durch Verfügung vom
25. September 1973 - IIP - 2232 - 1/73 -.

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen

Im Auftrag
Rotkies

Letzte Änderung genehmigt durch Verfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom
02.08.2023, Geschäftszeichen: VA 11-I 5002/00171#00005.